

Transkript der Aktuellen Kamera vom 01.10.1989

1 [0:00:00 – 0:00:47] Die Übersicht

Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt: Dazu ein Kommentar von Olaf Dietze. Peking: Volksfest auf dem Tiananmen-Platz. Tokio: Präsident des Staates Palästina in Japan. Kapstadt: Demonstranten gegen Apartheid. Managua: In Nicaragua begann Registrierung der Stimmberechtigten. Dresden: Zeitgenössische Musik in der Elbestadt. Moskau: Erster Box-Weltmeistertitel für die DDR durch Henry Maske.

2 [0:00:48 – 0:01:48] Humanitärer Akt

Angesichts der unhaltbaren Situation in den Botschaften der BRD in Prag und Warschau, hat die Regierung der DDR einen humanitären Akt unternommen, um die Lage, die nicht von ihr herbeigeführt wurde, dort zu beenden. Die Personen aus der DDR, die sich rechtswidrig in diesen Botschaften aufhielten, wurden, wie bereits gemeldet, in der vergangenen Nacht in die BRD ausgewiesen. Wie der Sprecher des Außenministeriums, Botschafter Wolfgang Meyer, gestern Abend erklärt hatte, geschehe dies auf Vorschlag der DDR. Vorausgegangen seien Konsultationen mit den Regierungen der CSSR, Polens sowie der BRD. Es wurden Züge der Deutschen Reichsbahn eingesetzt, die über das Territorium der DDR fahren. Mit diesem humanitären Akt, so betonte der Sprecher, verbinde die Regierung der DDR die Hoffnung, dass auch die Regierung der BRD Schlussfolgerungen für den normalen Betrieb in ihren Botschaften entsprechend den internationalen Gepflogenheiten erzielt. Dazu ein Kommentar von Olaf Dietze:

3 [0:01:49 – 0:05:58] Kommentar von Olaf Dietze

Aus dieser Erklärung des Sprechers des DDR-Außenministeriums geht also hervor: Es sind humanitäre Gründe, die die DDR veranlasst haben, ehemalige Bürger des Landes, die rechtswidrig in den BRD-Botschaften von Prag und Warschau waren, in die BRD abzuschieben. Angesichts der in den BRD-Vertretungen entstandenen unhaltbaren Situation, die beim eventuellen Ausbruch von Seuchen auch Menschen

der betreffenden Länder bedroht hätte, wurde diese Entscheidung getroffen. Daran hätte auch die Tatsache nichts geändert, dass die Situation allein durch die BRD durch Verletzung der völkerrechtlichen Normen der Botschaften, die in Europa Asyl gewähren können, verschuldet war. Hinzu kommt, dass die Bonner Regierung, wie in einer Dokumentation der DDR belegt wurde, seit Wochen die völkerrechtswidrige Anmaßung einer sogenannten Obhutspflicht für alle Deutschen, die heute in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 leben, praktiziert. Davon sind besonders die Volksrepublik Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei berührt. Die BRD ignoriert die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, die in der Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten und verletzt den zwischen beiden souveränen deutschen Staaten abgeschlossenen Grundlagenvertrag. Wie auch die im gemeinsamen Kommuniqué zwischen Erich Honecker und Helmut Kohl enthaltenen Grundsätze über die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Zügellos wird von Politikern und Medien der BRD eine stabsmäßig vorbereitete Heim-ins-Reich-Psychose geführt, um Menschen in die Irre zu führen und auf einen Weg in ein ungewisses Schicksal zu treiben. Das vorgegaukelte Bild vom Leben im Westen soll vergessen machen, was diese Menschen von der sozialistischen Gesellschaft bekommen haben und was sie nun aufgeben. Sie schaden sich selbst und verraten ihre Heimat. Nun werden einige Bürger der DDR an uns mit Recht die Frage stellen, warum wir diese Leute über die DDR in die BRD ausreisen lassen, obwohl sie grob die Gesetze der DDR verletzen. Die Regierung der DDR ließ sich davon leiten, dass jene Menschen bei Rückkehr in die Deutsche Demokratische Republik, selbst wenn es möglich gewesen wäre, keinen Platz mehr im normalen gesellschaftlichen Prozess gefunden hätten. Sie haben sich selbst von ihren Arbeitsstellen und von den Menschen getrennt, mit denen sie bisher zusammenlebten und arbeiteten. Bei jeder Verantwortung handelten Eltern auch gegenüber ihren Kindern, die im sozialistischen deutschen Staat wohlbehütet aufwuchsen und denen alle Kindereinrichtungen, alle Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offenstanden. Jene Leute hätten auch Schwierigkeiten bekommen, neue Wohnungen zu erhalten, da diese natürlich für andere Bürger vorgesehen sind. Vorzugsbehandlung konnten sie in der DDR nicht erwarten. Hinzu kommt, dass sich nach bisherigen Feststellungen unter diesen Leuten auch Asoziale befinden, die kein Verhältnis zur Arbeit und auch nicht zu normalen Wohnbedingungen haben. Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte

ihnen deshalb keine Träne nachweinen. Wie es ihnen drüben ergeht, zeigen schon jetzt einige Berichte aus der BRD. Einige wurden bereits aus Arbeitsstellen entlassen, weil sie während der Arbeit Besorgungen machen wollten. In einem Autowerk hat man eine Frau ausgelacht, weil sie für ihre Kinder Kindergartenplätze beantragte. Arbeiter haben ihr zugerufen, sie verwechsle die BRD wohl mit der DDR. Wäre sie dortgeblieben, brauchte sie sich jetzt keine Sorgen um Kindergartenplätze zu machen. Doch wie viele Schicksale bleiben im Dunkeln, wenn erst einmal die Fernscheinscheinwerfer abgeschaltet sind? Die heuchlerischen Erklärungen Bonner Politiker, ihre unverhohlenen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, der großdeutsche nationalistische Rummel, den sie veranstalten - dies alles läuft nur auf Konfrontation hinaus und schadet einer vernünftigen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, was den Interessen der Menschen, ja den Interessen Europas zuwiderläuft.